

INHALT

Nachrichten 170

Hintergrund 172

Wahl-Prüfsteine zur Landtagswahl • Sonder-AfA kommt nun doch • Grundsteuerreform • Energiewende in Gebäuden • Schattenseiten der Preispolitik • Verbraucherzentrale mahnt Sparkasse ab

Fragen & Antworten 175

Einbruchsspuren an Tür und Fenster: Wer muss Schäden ausbessern? • Rauchmeldermiete und -wartung: Kann ich das nun umlegen? • Neue Informationspflichten: Welche Vormiete muss ich angeben? • Kautionsabrechnung: Schadensersatz gegenrechnen? • Heimlicher Untermieter: Wie erfahre ich seine Identität? • Mietendeckel rückwirkend: Was gilt jetzt?

Recht kurz & bündig 177

Gerüst und Baulärm: 5 % Mietminderung sind angemessen, aber ... • Betriebskostenabrechnung: Belegeinsicht durch Vorlage von Kopien • Fristlose Kündigung: Angestellte eines Mitmieters beleidigt • Entgegennahme verspätet gezahlter Miete keine konkludente Fälligkeitsabrede: Schadensersatz wegen voreiliger Schlossauswechslung nach begründeter fristloser Zahlungsverzugskündigung

Recht & Praxis 179

Aktuelle BGH-Entscheidung: Kein Anspruch auf Schadensersatz – Beitragsforderung eines Wasserzweckverbandes gegen „Altanschließer“ in Brandenburg nicht verjährt • Stellungnahme von Haus & Grund Brandenburg: Politik hat Altanschließer im Stich gelassen • Sommerabende sind nicht nur lauschig ...: Entfaltungswünsche der Gartenfreunde vs. Schutz der Nachbarn

Bücher & Software 182

Rund um Haus & Garten 183

Verbraucherzentrale fordert Ausweitung von Versicherungen auf Elementarschäden • So schützen Sie Ihr Haus vor Starkregen • Garten für den Artenschutz – Umfrage: 75 % der Gartenbesitzer würden Kiesflächen in Grün umwandeln • NABU-Empfehlung: So wird der Balkon zum Paradies für Vögel und Insekten • Jetzt Altgerät austauschen und 100 € Zuschuss sichern: Förderaktion für vollelektronische Durchlauferhitzer verlängert • Verbraucherzentrale warnt: Vorsicht vor untergeschobenen Energieverträgen • Fünf gute Gründe für eine Heizungsmodernisierung

Aus den Vereinen 187

Landesverband Haus & Grund Brandenburg: Fördermittel für die Ortsvereine • **Erkner:** Sommerfest • **Eberswalde:** Sondersprechstunde Rauchmelder • Sprechstunde mit Besuch aus Tempelhof • Spreewald-Ausflug

Impressum 186

Titelfoto: ulleo/Pixabay

KOMMENTAR

Ihre Stimme ist gefragt!

Am 1. September 2019 sind Landtagswahlen

Von Lars Eichert, Landesvorsitzender Haus & Grund Brandenburg



Schon wieder hängen vielerorts die Wahlplakate und werben mit meist recht knappen oder oft auch nur populistischen Aussagen für die Kandidaten zur Landtagswahl am 1. September 2019. Dann haben Sie wieder die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wie das Land zukünftig geführt werden soll. Sie haben also wieder die Qual der Wahl. So Sie sich nicht bereits in der zurückliegenden Zeit mit der Politik der Landesregierung und den alternativen Antworten der Opposition befasst haben, wird es jetzt wieder Zeit, sich mit den Aussagen der Parteien auseinanderzusetzen.

Für einige Kernforderungen unseres Verbandes hat sich der Vorstand des Landesverbandes mit den Wahlprogrammen der Parteien SPD, CDU, Linke, B90/Die Grünen, AfD, FDP und dem BVB – Freie Wähler befasst. Sie können die Übersicht in diesem Heft auf Seite 172 nachlesen. Für die Auswertung war es enttäuschend, dass zu vielen für Eigentümer relevanten Punkten keine Aussagen durch die Parteien gemacht wurden.

Bei der Grundsteuer mag es daran liegen, dass dies von den Parteien bei der Aufstellung der Programme noch als Problem auf Bundesebene angesehen wurde und die Einigung mit der Öffnungsklausel erst später kam. Ein deutliches Bekenntnis zum privaten Eigentum und eine Auseinandersetzung mit den Problemen fehlt jedoch in den meisten Programmen. Gerade bei SPD, Linken und B90/Die Grünen hat man mehr den Eindruck, dass diese die privaten Eigentümer, insbesondere wenn sie auch noch vermieten, als Problem ansehen. Übersehen wird dabei, dass diese nicht nur den größten Anteil am Wohnungsmarkt und meist auch noch mit den günstigsten Mieten stellen, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Handwerksbetriebe in Brandenburg sind.

Oft genug entsteht auch der Eindruck, dass in den Wahlprogrammen mit viel heißer Luft ganze Luftschlösser gebaut werden. Regelmäßig wird darin möglichst vielen möglichst viel versprochen. Aussagen, wie das Versprochene finanziert werden soll oder worin für die Gesellschaft der Vorteil des Versprochenen liegt, fehlen meist.

Beispielsweise bei dem Versprechen der Linken, eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, muss man sich nicht nur fragen, warum das Land sozialen Wohnungsbau besser als kommunale, genossenschaftliche oder private Anbieter können soll. Es bleibt auch offen, warum eine neu gegründete Gesellschaft dies heute besser können soll als die in Abwicklung befindliche Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr.

Wenn Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau nicht abgerufen werden, sollte man sich vielleicht erst fragen, aus welchen Gründen dies passierte, und entsprechend nachsteuern. Ob dies mit den bisherigen Änderungen gelungen ist, wird sich erst nach einiger Zeit zeigen.